



Positionspapier zur Europawahl 2024

Europa entscheidet: tödliche Abschottung oder Wahrung der Menschenrechte

Anfang Juni 2024 wählen die Bürger*innen der Europäischen Union (EU) das Europäische Parlament in Straßburg. Die Wahl ist entscheidend dafür, ob die Entrechtung von Flüchtenden in der EU weiter voranschreitet. Indem der gesellschaftliche Rechtsruck auch in die Parteien der Mitte einwirkt, wird die Abkehr von Menschen- und Flüchtlingsrechten in den letzten Jahren normalisiert.

11.047 Menschen sind auf der Überfahrt nach Europa im Mittelmeer seit der letzten Wahl des Europäischen Parlaments 2019 ertrunken.¹ Unterdessen zementiert die EU ihre Abschottung und die Entrechtung von Flüchtlingen durch die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sowie Abkommen mit Drittstaaten wie Libyen und Tunesien zur Flüchtlingsabwehr. Sowohl Flüchtende als auch humanitäre Helfer*innen werden zunehmend in der EU und ihren Mitgliedsstaaten kriminalisiert.

Auf diese Weise verursacht die europäische Migrationspolitik jedes Jahr Tausende vermeidbare Tote. Um dem Sterben im Mittelmeer ein Ende zu setzen, braucht es jetzt ein klares Bekenntnis der EU zu Menschlichkeit und Menschenrechten – auch an den EU-Außengrenzen.

SOS Humanity fordert die Kandidat*innen der Europawahl und das anschließend neu gewählte Parlament dazu auf, sich für einen dringend notwendigen

Richtungswechsel hin zu einer menschenrechtsbasierten Migrationspolitik einzusetzen. Grundlage für eine solche Politik muss das Einrichten von sicheren und legalen Fluchtwegen sein sowie der Ausbau von Such- und Rettungskapazitäten – sodass kein Mensch mehr auf der Flucht ertrinken muss.

Europäische Politik des Sterbenslassens stoppen

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben sich seit 2014 immer weiter aus der Seenotrettung im Mittelmeer zurückgezogen, lagern ihre Verantwortung an Drittstaaten aus und verstoßen gegen Völker- und EU-Recht. Während zivilgesellschaftliche Akteure wie SOS Humanity die humanitäre Lücke versuchen zu füllen, kommen EU-Küstenstaaten ihrer rechtlichen Pflicht zur Seenotrettung systematisch nicht nach. Sowohl europäische Rettungsleitstellen als auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex leiten Informationen und Koordinaten von Menschen in Seenot in den meisten Fällen nicht an zivile Schiffe weiter, wie wir in jedem Einsatz erleben, und verzögern oder verhindern damit lebensrettende Maßnahmen.

¹ Internationale Organisation für Migration (IOM) Missing Migrant Project, Stand 07.05.2024.

Um die Politik des Sterbenlassens zu stoppen braucht es:

- Es braucht ein **effektives, durch die EU-Mitgliedstaaten finanziertes und staatlich koordiniertes Seenotrettungsprogramm**, bei dem ausreichend Schiffe zum Zweck der Seenotrettung eingesetzt werden.
- EU-Akteure müssen in **Seenotfällen effektiv koordinieren und Informationen an alle umliegenden Schiffe weiterleiten**, um die schnelle Suche und sichere Rettung von Menschen aus Seenot sicherzustellen.

Kriminalisierung von Flucht und Solidarität beenden

Sowohl Flüchtende als auch humanitäre Helfer*innen werden in der EU unter dem Vorwurf der Beihilfe zur illegalisierten Einreise strafrechtlich verfolgt. Auf diese Weise wird sowohl das Recht auf Asyl als auch der humanitäre Handlungsspielraum in vielen EU-Mitgliedstaaten, darunter Italien und Deutschland, eingeschränkt. 2024 wird die EU über den Vorschlag der EU-Kommission zur Strafbarkeit der Beihilfe zur illegalisierten Einreise entscheiden. Dieser weist erhebliche Risiken für die Kriminalisierung von humanitärer Hilfe und Flüchtende auf. Deswegen fordert SOS Humanity:

- **Der Schutz vor Strafverfolgung von Flüchtenden sowie humanitären Akteur*innen muss durch relevante Rechtsnormen in der EU sichergestellt werden.**

Verantwortung statt Abschottung

Durch die Kooperation mit Drittstaaten im Bereich der Seenotrettung macht sich die EU an Völkerrechtsbrüchen und Menschenrechtsverletzungen auf See sowie in Libyen und Tunesien mitschuldig.² Durch die Finanzierung und Unterstützung der tunesischen und der sogenannten libyschen Küstenwache werden Schutzsuchende auf See abgefangen und zurück in Länder gebracht, in denen sie schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. SOS Humanity fordert, dass die EU ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommt:

- **Jegliche Kooperation mit Drittstaaten wie Libyen und Tunesien**, die auf die Abwehr von Schutzsuchenden zielt und in der Konsequenz Menschenrechte verletzt, **muss beendet werden**. Jegliche Ausbildung, Ausrüstung und Finanzierung der sogenannten libyschen Küstenwache und der tunesischen Küstenwache müssen beendet werden.
- **Europäische Rettungsleitstellen und die europäische Grenzschutzagentur Frontex dürfen sich nicht an illegalen Rückführungen nach Libyen und Tunesien beteiligen** – auch nicht über die Weitergabe von Informationen zu Seenotfällen.

- Es dürfen **keine weiteren Abkommen mit Drittstaaten** geschlossen werden, die Menschen- und Flüchtlingsrechte verletzen.

Legale und sichere Fluchtwege in die EU einrichten

Menschen sehen sich dazu gezwungen, auf seeuntaugliche Boote zu steigen und dabei ihr Leben zu gefährden, weil sie keine Alternative haben. Um das Sterben, Gewalt und Ausbeutung an den EU-Außengrenzen zu beenden, müssen mehr sichere und legale Fluchtwege in die EU geschaffen werden:

- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihre **internationalen Verpflichtungen, Schutzsuchende Menschen einreisen zu lassen und diese nicht an der Grenze zurückzuweisen** (Zurückweisungsverbot) zu jeder Zeit einhalten.³
- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen **legale und sichere Fluchtwege in die EU einrichten**, um das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden.

Menschenrechte von Schutzsuchenden wahren

Die im April 2024 beschlossene GEAS-Reform höhlt das individuelle Recht auf Asyl in der EU durch verschärfte Grenzverfahren und die Ausweitung des Konzepts der „sicheren Drittstaaten“ aus und formalisiert damit einige der unmenschlichsten Praktiken, die die europäischen Mitgliedsstaaten gegenüber Schutzsuchenden angewandt haben.⁴ Um den Schutz von Flüchtenden und das Menschenrecht auf Asyl in der EU sicherzustellen, darf die GEAS-Reform nicht umgesetzt werden. Stattdessen braucht es ein neues und solidarisches System mit folgenden Prämissen:

- Die **Wahrung der Rechte und Würde** der Schutzsuchenden Menschen muss Grundlage und Ziel des europäischen Asylsystems sein.
- **Das individuelle Recht auf Asyl muss geschützt werden**. Dafür braucht es einheitliche und rechtsstaatliche Asylverfahren und die individuelle Prüfung von Asylanträgen.
- Anstelle des Ersteinreise-Prinzips sollte das **Prinzip der freien Wahl des Mitgliedstaates** durch Schutzsuchende eingeführt werden.

² SOS Humanity (20.07.2023): Hintergrund Tunesien: Kein sicherer Ort für Schutzsuchende; SOS Humanity (06.07.2022): Libyen ist kein sicherer Ort! Ergebnisse der UN-Untersuchungsmission.

³ Genfer Flüchtlingskonvention (1967), Art. 33.

⁴ SOS Humanity (09.04.2024): Erklärung gegen den neuen EU-Migrationspakt.